

### **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

#### **Hilfs- und Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender sicherstellen – bedarfsdeckende Finanzierung des Rat & Tat Zentrums für Schwule und Lesben e. V. gewährleisten!**

Die Anlauf- und Beratungsstelle des Rat & Tat Zentrums für Schwule und Lesben e. V. ist seit über 30 Jahren die wichtigste Anlaufstelle in Bremen bei allen Fragen zu gleichgeschlechtlicher Lebensweise, HIV und Aids.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gleichgeschlechtlich orientierte Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert, sie führen aber nicht automatisch zu mehr Toleranz und Akzeptanz im Alltag. Das Wort „schwul“ ist eines der am häufigsten benutzten Schimpfwörter unter Jugendlichen. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender müssen aber im täglichen Leben sichtbar sein, denn gerade junge Menschen brauchen Vorbilder für die persönliche Rollenfindung. Sie sind auf die Hilfestellung der Beratungsstelle des Rat & Tat Zentrums angewiesen, damit sich jede/r in Bremen angstfrei zu seiner/ihrer sexuellen Identität bekennen kann.

Durch die angekündigte Streichung der finanziellen Unterstützung durch den Senator für Gesundheit ab dem Jahr 2014 ist die Existenz der einzigen professionellen Beratungsstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender im Land Bremen bedroht.

Die Schließung des Rat & Tat Zentrums für Schwule und Lesben e. V. hätte u. a. diese Folgen:

- Auf die Ankündigung hin ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits zum Jahresende gekündigt worden,
- Wegfall der Begleitung von Menschen mit HIV/Aids,
- keine Hilfe mehr bei rechtlichen und sozialrechtlichen Fragen (von Lebenspartnerschaft bis Adoption, von Diskriminierung bis zu Rente und Schwerbehinderung),
- keine Unterstützung mehr in Krisen- und Konfliktsituationen oder beim Coming-out,
- keine Aufklärungsveranstaltungen mehr für Schulklassen und Jugendgruppen,
- keine Schulungen für Träger der Altenpflege zur Lebenssituation Älterer,
- keine Unterstützung der Schulbehörde bei Fragen zur Sexualerziehung,
- keine Mitwirkung und Beratung bei der Planung eines Aktionsplanes gegen Homophobie.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Anschlussfinanzierung des Rat & Tat Zentrums für Schwule und Lesben e. V. ab Januar 2014 in Höhe von jährlich 150 000 € im Zuge der Haushaltsaufstellung sicherzustellen.

Peter Erlanson,  
Claudia Bernhard und die Fraktion DIE LINKE